



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/3476**

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Bericht zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich über die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen zu berichten, anhand der folgenden Schwerpunkte:

1. Abbau von Hürden im Verfahrensablauf der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, insbesondere für Kleinst- und Kleinbetriebe sowie mit Blick auf Möglichkeiten zur Verschlinkung der Anerkennungsverfahren in Zusammenarbeit mit den Anerkennungsstellen, Kammern und weiteren beteiligten Akteuren
2. Abbau von Barrieren bei der Wahrnehmung von Ausgleichsmaßnahmen und Qualifizierungsangebote, insb. Möglichkeiten des erforderlichen Spracherwerbs parallel bzw. innerhalb von Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
3. Bedarfsgerechte Beratungsangebote und Unterstützung für Ausbildungsbetriebe und interessierte Unternehmen sowie für zugewanderte Auszubildende und Menschen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder eine Ausgleichs- oder Qualifizierungsmaßnahme durchführen
4. Transparente, digitale Informationen zu allen Anerkennungsverfahren und Qualifizierungsangeboten in Bayern, insb. Möglichkeiten der mehrsprachigen Information
5. Koordination der Prozesse der Fachkräftegewinnung, -zuwanderung und -integration gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren, insb. die Werbung für eine Ausbildung und Beschäftigung im Freistaat in Zusammenarbeit mit Kammern, Unternehmen und weiteren geeigneten Partnern auch im Ausland.“

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatler:

**Eva Lettenbauer
Josef Heisl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 7. November 2024 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende